

April 2024

# Ratsbericht

Europabüro Brüssel



## Krisendiplomatie und neuer europäischer Wettbewerbs-Deal bestimmen den EU-Sondergipfel

Europäischer Sonderratsgipfel am 17. & 18. April 2024

*Dr. Beatrice Gorawantschy, Tom Körner, Stanislav Linchevsky, Domien te Riele, Meike Lenzner<sup>1</sup>*

**“Deeskalation als Gebot der Stunde” - so könnte man den ersten Teil des letzten Sondergipfels der 27 europäischen Staats- und Regierungschefs vor den Europawahlen zusammenfassen. Der Gipfel sollte ganz im Zeichen der Wirtschaftspolitik der EU stehen, doch der beispiellose Angriff des Iran auf Israel in der Nacht zum 14. April war nicht nur ein Wendepunkt in der Region, sondern veränderte auch die Choreographie des Gipfels; der Nahe Osten bestimmte die Tagesordnung. Die Diskussion um die Zukunft des europäischen Binnenmarktes auf der Grundlage des mit Spannung erwarteten Letta-Berichts rückte an zweiter Stelle. Der Gipfel verdeutlichte dennoch mehr denn je die Interdependenz von Außen- und Wirtschaftspolitik: Handlungsfähigkeit auf geopolitische Herausforderungen und außenpolitische Krisen setzt eine starke europäische Wirtschaft voraus.**

### Hintergrund

Der zweitägige EU-Sondergipfel unter der belgischen Ratspräsidentschaft sollte zunächst im Zeichen des Binnenmarkts stehen. Bedingt durch den Wettbewerb mit anderen Märkten wie China und den USA, war der ehemalige italienische Premierminister und Präsident des Jacques-Delors-Instituts in Paris, Enrico Letta, im Juni 2023 von den EU-Staats- und Regierungschefs mit der Erarbeitung eines Berichts zum europäischen Binnenmarkt beauftragt worden. Neben Letta arbeitet Mario Draghi, ebenfalls ehemaliger italienischer Premierminister und Präsident der Europäischen

Zentralbank, an einem Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit, der nach den Europawahlen im Juni erscheinen soll.<sup>2</sup> Der bei dem EU-Gipfel thematisierte Letta-Bericht reiht sich in den auf europäischer Ebene vollziehenden Narrativ-Wechsel hin zu einem Fokus auf Wettbewerbsfähigkeit ein.<sup>3</sup> Die Aufmerksamkeit auf den Bericht wurde etappenweise - durch Interviews, gefolgt von einem Leak der 15-seitigen politischen Einleitung und der Veröffentlichung des knapp 150 Seiten starken Gesamtwerks unmittelbar vor Beginn des Gipfels - geschürt.<sup>4</sup>

Die strategischen Beziehungen zur Türkei, die auf der ursprünglichen Gipfelagenda standen, wurden aufgrund aktueller dramatischer politischer Entwicklungen kurzfristig um die Tagesordnungspunkte Nahost und Ukraine ergänzt. Die jüngste Eskalation im Nahen Osten in Form eines nie dagewesenen direkten militärischen Angriffs des Iran auf Israel bestimmt aktuell die internationale Diskussion und schürt die Angst vor einem regionalen Flächenbrand mit unkalkulierbaren internationalen Implikationen. Jegliche weitere Eskalation zwischen Iran und Israel soll verhindert werden. Vor diesem Hintergrund und der andauernden Krise in Gaza setzte der Europäische Rat das Thema erneut auf die Tagesordnung. Die G7 Gruppe, bei deren Treffen die EU auch vertreten ist, hatte den Angriff des Iran sogleich einstimmig verurteilt. Eine außerordentliche Videokonferenz der EU-Außenminister wurde dem Ratsgipfel vorgeschaltet, bei der bereits über Sanktionen gegen den Iran beraten wurde; parallel zum Gipfel fand das G7-Außen-

<sup>1</sup> Nadja Steffens und Leonie Schade haben bei der Erstellung des Dokuments mitgewirkt.

<sup>2</sup> Beide Autoren betonten, dass sie sich zwar ausgetauscht haben, aber die Berichte nicht aufeinander abgestimmt sein werden.

<sup>3</sup> Siehe auch Verweise auf Wettbewerbsfähigkeit in der [Rede zur Lage der Europäischen Union](#) der Kommissionspräsidentin im September 2023 und die [Antwerpener-Erklärung](#) seitens der Industrie im Februar 2024.

<sup>4</sup> Politico: [Time for a European single market 'with teeth' to take on China, India, leaders told](#) (16. April 2024)

ministertreffen auf Capri statt. Neben der Eskalation in Nahost kommt hinzu, dass sich die Ukraine mit einer zunehmenden Knappheit militärischer Mittel und intensiver werdenden russischen Angriffen konfrontiert sieht, wie bspw. durch Angriffe auf die Energieinfrastruktur. Die Lage in der Ukraine wird auch im Mittelpunkt des kurzfristig einberufenen NATO-Ukraine Rates am 19. April stehen. Die Eskalation im Nahen Osten wird Thema beim EU-Außenministertreffen in Luxemburg am 22. April sein.

## Ergebnisse des Europäischen Rats

### Ukraine

Der Ukraine-Teil der Schlussfolgerungen ist im Vergleich zu den jüngsten Ratstreffen kurzgehalten.<sup>5</sup> Im ersten Entwurf der Schlussfolgerungen wurde die Ukraine noch gar nicht erwähnt, was zunächst ein Hinweis darauf war, wie sehr das Thema in den letzten Wochen von der Krise im Nahen Osten überschattet wurde. Angesichts der schwierigen Lage an der Front konnten einige Mitgliedstaaten die Lage in der Ukraine wieder auf die Agenda bringen. Die Diskussion, bei der der ukrainische Staatspräsident zugeschaltet war, war knapp, aber ernst: Selenskyj hat erneut mit großer Dringlichkeit um weitere militärische Hilfe gebeten. Mit Verweis auf die Unterstützung Israels bei der Abwehr des iranischen Angriffs betonte er, dass "der ukrainische Himmel die gleiche Sicherheit verdiene".<sup>6</sup> Bei seiner Ankunft auf dem Gipfeltreffen der EU-Staats- und Regierungschefs am Mittwochabend sagte Bundeskanzler Olaf Scholz vor der Presse, dass das Thema Luftverteidigung im Mittelpunkt der Gespräche über die Unterstützung für Kyjiw stehe. "Jeder muss einen Blick auf seine Bestände werfen, um zu sehen, ob er zusätzliche Luftabwehrsysteme, insbesondere Patriot-Systeme, entbehren kann, denn diese werden dringend benötigt".<sup>7</sup> Vor dem Gipfel kündigte Deutschland bereits die Lieferung eines dritten Patriot-Flugabwehrsystems an die Ukraine sowie die neue Initiative „Immediate Action on Air Defence“ an, um bei der NATO und anderen Partnern dafür zu werben, die Ukraine zu unterstützen.<sup>8</sup>

Im Abschlussdokument bekräftigt der Europäische Rat, unter Hinweis auf seine Schlussfolgerungen vom März 2024, „seine unverbrüchliche Unterstützung für die Ukraine und ihre Bevölkerung“. Zudem verurteilt der Rat die anhaltenden Luft- und Raketenangriffe Russlands aufs Schärfste, einschließlich der jüngsten verstärkten Angriffe

auf den Energiesektor. Hier verspricht die EU weitere Hilfe einschließlich Ausrüstung wie Stromgeneratoren und Stromtransformatoren, bereitzustellen und zu verstärken. Der Rat betont, dass „der Ukraine dringend Luftabwehrsysteme zur Verfügung gestellt werden müssen, und dass die Bereitstellung aller erforderlichen militärischen Unterstützung, einschließlich Artilleriemunition und Flugkörper, beschleunigt und intensiviert werden muss“. Schließlich begrüßt der Rat "die Fortschritte bei den Vorschlägen, nach denen außerordentliche Einnahmen aus Russland immobilisierten Vermögenswerten zugunsten der Ukraine umgelenkt werden sollen", und fordert ihre rasche Annahme.

### Nahost

In einer klaren Beistandserklärung für Israel verurteilt der Europäische Rat den iranischen Angriff auf Israel „entschieden und unmissverständlich“. Der Iran und seine Stellvertreter werden aufgerufen, alle "Angriffe einzustellen und fordert alle Parteien auf, äußerste Zurückhaltung zu üben"; "restriktive Maßnahmen" seitens der EU werden angekündigt. Das virtuelle EU-Außenministertreffen im Vorfeld des Gipfels erwog hierzu bspw., das europäische Sanktionspaket zu erweitern; konkret erwähnt werden im Schlussbericht des Ratsgipfels Drohnen und Flugkörper.<sup>9</sup> Alle Seiten werden zur Deeskalation der Lage aufgefordert. Unter Bezugnahme auf die Schlussfolgerungen vom Ratsgipfel im März wird die Zusammenarbeit mit Partnern zur Beendigung der Krise in Gaza und die Resolution 2728 des UN-Sicherheitsrates umzusetzen, bekräftigt. Wichtige Schritte hierfür seien eine sofortige Waffenruhe, die bedingungslose Freilassung aller Geiseln sowie uneingeschränkter, schneller und ungehinderter Zugang zu humanitärer Hilfe für die palästinensische Zivilbevölkerung. Die europäischen Staats- und Regierungschefs treten weiterhin für die Zweistaatenlösung als Friedensgrundlage ein.

Im Kontext regionaler Spannungen richtet der Rat seinen Blick insbesondere auf den Libanon und bekräftigt die Unterstützung der EU für das Land und seine Bevölkerung. Die Umsetzung der UN-Sicherheitsratsresolution 1701 wird gefordert. Die EU setzt sich für die Stabilität des Libanons, die Implementierung dringend benötigter Reformen und eine Stärkung der libanesischen Streitkräfte ein. Den schutzbedürftigsten Bevölkerungsgruppen im Libanon soll Hilfe geleistet und gleichzeitig

<sup>5</sup> Schlussfolgerungen des Europäischen Rats, auf die wir uns nachfolgend hauptsächlich beziehen: <https://www.consilium.europa.eu/media/rpqd32be/euco-conclusions-20240417-18-de.pdf>.

<sup>6</sup> Tagesschau: [EU beschließt neue Iran Sanktionen](#) (18.04.2024).

<sup>7</sup> Politico: [EU leaders' mixed signals on the economy](#) (18.04.2024).

<sup>8</sup> Auswärtiges Amt: [Erklärungen des Auswärtigen Amtes in der Regierungspressekonferenz](#) (17.04.2024).

<sup>9</sup> Deutsche Welle: [EU will Sanktionen gegen Iran ausweiten](#) (18. April 2024).

Menschenhandel und Schleuserkriminalität bekämpft werden. Der Schlussbericht bekräftigt darüber hinaus, dass "die vom UNHCR festgelegten Voraussetzungen für die freiwillige Rückkehr syrischer Flüchtlinge in Sicherheit und Würde geschaffen werden müssen". Zusätzlich ruft der Rat den Hohen Vertreter und die Kommission auf, die Wirksamkeit von EU-Maßnahmen für syrische Flüchtlinge zu verbessern, verbunden mit einem Appell an die Geberländer, diese aufrechtzuerhalten oder zu erhöhen.

### Türkei

Auf Basis eines gemeinsamen Berichts der Kommission und des Hohen Vertreters Josep Borrell von November 2023, den der Rat bereits im Juni in Auftrag gegeben hatte, nahm der Rat in einer strategischen Aussprache den Stand der politischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen EU-Türkei Beziehungen zur Kenntnis. In der Schlussfolgerung sendet der Rat ein positives Signal an die Türkei, indem er unterstreicht, dass die EU ein „strategisches Interesse an einem stabilen und sicheren Umfeld im östlichen Mittelmeerraum und an der Entwicklung kooperativer Beziehungen“ habe. Dieses positive Signal war insbesondere von Deutschland lange forciert worden.<sup>10</sup> Allerdings verweist der Rat auch darauf, dass die Entwicklung der EU-Türkei Beziehungen entscheidend vom „eigenen konstruktiven Engagement der Türkei“ abhänge. In diesem Kontext betont der Rat zudem die Wiederaufnahme von Gesprächen zur Lösung der Zypernfrage verbunden mit weiteren Fortschritten in der EU-Türkei-Zusammenarbeit. Der Rat engagiert sich uneingeschränkt für eine umfassende Lösung der Zypernfrage im Rahmen der Vereinten Nationen. Über diese explizite Verbindung der Zypernfrage mit den EU-Türkei Beziehungen äußerte sich der griechische Premierminister im Nachgang zufrieden.<sup>11</sup>

### Europäischer Wettbewerbs-Deal und Binnenmarktbericht

Mit den Schlussfolgerungen ruft der Europäische Rat die nächsten Ratspräsidentschaften auf, einen „Europäischen Wettbewerbs-Deal“ zu erarbeiten und würdigt die Arbeit des Letta-Berichts. Beides werde auch in die Erarbeitung der Strategischen

Agenda 2024-2029 unter der belgischen Ratspräsidentschaft einfließen, welche während des Juni-Ratsgipfels beschlossen werden soll.<sup>12</sup>

Der mit großer Aufmerksamkeit erwartete Bericht zum Binnenmarkt von Enrico Letta<sup>13</sup> basiert auf mehr als 400 Gesprächen in den Hauptstädten der EU. Der europäische Binnenmarkt beruhend auf dem Konzept der vier Freiheiten – freier Verkehr von Waren, Dienstleistungen, Menschen und Kapital – "habe nicht genug Biss".<sup>14</sup> Letta verweist darauf, dass Großunternehmen den Binnenmarkt lieben, jedoch klein- und mittelständische Unternehmen (KMUs) diesen Markt als sehr fragmentiert wahrnehmen.<sup>15</sup> Beispielhaft für die mangelnde Integration berichtete Letta ernüchert über den mangelnden Ausbau von Hochgeschwindigkeitsbahnverbindungen zwischen den europäischen Hauptstädten. Führende Wirtschafts- und Finanzverbände im politischen Brüssel bemängeln regelmäßig überbordende Berichterstattungspflichten, unterschiedliche nationale Rechtsumsetzung und den geringen Fortschritt bei der Kapitalmarktunion in den letzten Jahren.

Lettas Diagnose, dass die EU aufgrund der Fragmentierung des Binnenmarkts Gefahr laufe, im Wettbewerb mit anderen Volkswirtschaften abgehängt zu werden, wird von vielen im Europäischen Rat geteilt. Eine Vertiefung des Binnenmarkts sei erforderlich, um Skaleneffekte und damit einhergehende Kostenreduktionen für die Wirtschaft zu erreichen. Nur so könne die europäische Industrie wettbewerbsfähig bleiben, die Transitionen der Digitalisierung und Klimaambitionen gelingen. Im Letta-Bericht stehen die Sektoren Energie, Telekommunikation und die Kapitalmarktunion im Fokus, für die eine sektorspezifische Roadmap 2029 erarbeitet werden müsse. Im Energiebereich wirbt Letta für eine stärkere Integration des Binnenmarkts, um mehr Energie zu geringeren Kosten bereitzustellen. Bezüglich der Telekommunikationsbranche greift Letta die Sichtweise der großen Telekommunikationsunternehmen auf, die mit Verweis auf die Nutzerzahlen in den USA und China eine Konsolidierung der europäischen Telekommunikationsanbieter fordern.<sup>16</sup> Diese Sichtweise wurde auf einer Veranstaltung von der amtierenden Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager mit Blick auf die potenzielle Marktmacht der Unternehmen kritisiert.<sup>17</sup> Insbesondere die Kapitalmarktunion sei aus Sicht Lettas ein Game-

<sup>10</sup> Politico: [EU leaders talk battle plan to counter US green subsidies — as it happened](#) (18. April 2024).

<sup>11</sup> Politico: [EU leaders talk battle plan to counter US green subsidies — as it happened](#) (18. April 2024).

<sup>12</sup> EPRS: [Outlook for the special European Council meeting on 17-18 April 2024](#).

<sup>13</sup> Enrico Letta, [Much more than a market – Speed, Security, Solidarity. Empowering the Single Market to deliver a sustainable future and prosperity for all EU Citizens](#) (April 2024). Der Bericht

wurde maßgeblich von der Europäischen Kommission, der spanischen und belgischen Ratspräsidentschaft unterstützt und ist dem jüngst verstorbenen Jacques Delors gewidmet.

<sup>14</sup> Politico: [Time for a European single market 'with teeth'](#) (16. April 2024).

<sup>15</sup> Consilium: [Pressekonferenz von Charles Michel & Enrico Letta](#) (17. April 2024).

<sup>16</sup> z.B. Deutsche Telekom CEO Tim Hötting im [Podcast In Good Company](#) (15. November 2023).

<sup>17</sup> Reuters: [Vestager defends EU merger rules](#) (18. April 2024).

Changer für die Finanzierung der Transitionen, ähnlich wie in den USA. Auch die kontroverse Idee von Defensebonds, der gemeinsamen Verschuldung zur Finanzierung der Verteidigungsfähigkeit, wird aufgegriffen. Ein zentrales Anliegen Lettas ist die Erweiterung der vier Binnenmarktfreiheiten um ein fünftes Element, „Innovation und Forschung“.

Angesichts der geopolitischen Rivalitäten zeigen sich die Staats- und Regierungschefs in der Ratserklärung entschlossen, zu handeln, um langfristig wettbewerbsfähig, prosperierend sowie führend zu bleiben und die strategische Souveränität zu stärken. Hierbei sieht sich der Rat im Wettbewerb mit internationalen Partnern und rivalisierenden Volkswirtschaften, womit u.a. die USA und China gemeint sein dürften; letztere ist in den letzten Jahren selbstbewusster geworden und setzt verstärkt Subventionen ein. Im Hinblick auf den Bericht von Mario Draghi und auf Basis des Letta-Berichts formuliert der Europäische Rat eine Liste an Schwerpunkten, die einer Wunschliste gleichen: Vertiefung des Binnenmarkts, Fortschritte bei der Kapitalmarktunion, Förderung von Industrie, Forschung & Innovation, kostengünstigere und nachhaltigere Energie, nachhaltige Wirtschaft, Digitales, Soziales, Handel, bessere Regulierung, und einen wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Landwirtschaftssektor.

Den Äußerungen der Staats- und Regierungschefs sowie der Schlusserklärung nach zu urteilen, scheint es einen Konsens über den Begriff des Wettbewerbsfähigkeits-Deals zu geben. Der luxemburgische Premier Luc Frieden sprach sich bspw. für die Stärkung des Binnenmarktes als „Basis für Wettbewerbsfähigkeit“ aus.<sup>18</sup> Wie manch anderer auch, sieht er Potenzial für Fortschritte bei der Kapitalmarktunion, jedoch steht auch er exemplarisch dafür, dass für kleinere Mitgliedsstaaten eine europäische Zentralisierung der Aufsichtsbehörden zu Kosten der Kompetenzen der Mitgliedstaaten kein Konsens ist. Die finale Formulierung hinsichtlich der Zentralisierung der Finanzmarktaufsicht wurde u.a. aufgrund der luxemburgischen Haltung zu einem Prüfauftrag für die Kommission abgeschwächt. Bei anderen Aspekten der Kapitalmarktunion konnte man sich auf eine Harmonisierung des Insolvenzrechts und eine Wiedereröffnung des europäischen Verbriefungsmarkts einigen. Insbesondere bei der Frage der Finanzierungsmechanismen für die formulierte Wunschliste scheint ein Dissens zum Grad der Instrumente zu bestehen. Es gibt unterschiedliche

Auffassungen zu Schuldenfinanzierung, Vereinheitlichung von Steuern, Eigenmitteln der EU und dem von Letta vorgeschlagenen europäischen Beihilfemechanismus.

## Kommentar

Das Thema Wirtschaftspolitik wurde auf dem Gipfel der 27 Staats- und Regierungschefs von der Diskussion um die Frage, wie sich die EU im Wettbewerb mit den USA und China zukünftig besser behaupten kann, bestimmt. Gipfel und Letta-Bericht sind Ausdruck eines größeren Umschwungs der europäischen Prioritäten hin zum Wettbewerbsfähigkeits-Deal, an dessen Spitze der Bewegung sich die Staats- und Regierungschefs gesetzt haben. Es bleibt abzuwarten, inwieweit der Letta-Bericht von Entscheidungsträgern aufgegriffen und umgesetzt wird. So sehr einige Regierungsvertreter wie der belgische Premierminister De Croo die Diagnose des Berichts auch begrüßen, sind viele der im Bericht enthaltenen Vertiefungs-ideen der europäischen Integration noch kein Konsens unter den Mitgliedsstaaten. Aufgrund der ausgiebigen Diskussionen zum Binnenmarkt, den Ideen zur Kapitalmarktunion und Finanzierung, ist eine Fortsetzung dieser Debatten wahrscheinlich. Was die Ukraine betrifft, haben die Staats- und Regierungschefs ziemlich schnell eine Einigung erreicht und den vorverhandelten letzten Entwurf ohne Änderungen angenommen. Wenn auch keine neuen Verpflichtungen zur Hilfe der Ukraine beschlossen wurden, so konnten Fortschritte in wichtigen Fragen erreicht werden. Alexander De Croo, der belgische Premier, betonte, dass die Staats- und Regierungschefs die Dringlichkeit der Hilfen für die Ukraine, insbesondere im Bereich der Luftverteidigung, deutlich spüren. Die neue deutsche Luftverteidigungsinitiative fand positive Resonanz unter einigen Mitgliedstaaten. Der niederländische Ministerpräsident Mark Rutte erklärte kurz vor dem Gipfel, dass die Niederlande, Dänemark und die Tschechische Republik prüfen, in welcher Form sie die deutsche Initiative unterstützen können.<sup>19</sup> Auch in der Frage der Einnahmen aus Russlands immobilisierten Vermögenswerten standen die EU-Mitgliedstaaten vor dem Gipfel kurz vor einer Einigung, dennoch gibt es offene Fragen, die geklärt werden müssten, bevor die EU die Gewinne bis Juni nutzen könne.<sup>20</sup> In diesem Zusammenhang warnte die Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde, während einer Veranstaltung in Washington D.C. vor den potenziellen völkerrechtlichen Konsequenzen.<sup>21</sup> Die explizite Forderung des Rates nach

<sup>18</sup> Consilium: [Special European Council Arrivals 1](#) (17. April 2024).

<sup>19</sup> Politico: [NATO's Stoltenberg asks allies to give air defense systems to Ukraine](#) (17. April 2024).

<sup>20</sup> Euractiv: [Use of seized Russian assets to fund Ukraine](#) (16. April 2024).

<sup>21</sup> Financial Times: [Christine Lagarde says US plan to raise debt against Russian assets carries legal risk](#) (18. April 2024).

einer „raschen Annahme“ der Vorschläge, zeigt auch hier eine größere Einstimmigkeit als zuvor.

Die kurzfristige Aufnahme des Tagesordnungspunkts zu Nahost war der Dramatik der Ereignisse geschuldet, nämlich dem beispiellosen Akt des iranischen Angriffs auf Israel und der Befürchtung einer regionalen Eskalationsspirale. Die Schlussfolgerungen waren vom Konsens aller geprägt, aber es wurden auch Nuancen in der Formulierung ersichtlich: Die Aufforderung an „alle Parteien“, äußerste Zurückhaltung zu üben, war ebenfalls ein Signal an Israel, nicht zu einem Gegenschlag auszuholen. Damit zeigt der Rat, dass die Staats- und Regierungschefs in Krisenzeiten auch rasche Einigung erzielen können, nachdem die EU gerade im Nahostkonflikt in den vergangenen Monaten oftmals eher durch Uneinigkeit aufgefallen war. Am Morgen nach Beendigung des Ratsgipfels berichteten die Medien über Explosionen im Iran nahe der Stadt Isfahan; dort befinden sich wichtige Einrichtungen der iranischen Rüstungsindustrie und das größte nukleare Forschungszentrum. Über eine Involvierung Israels kann zum Zeitpunkt der Ratsberichterstattung nur spekuliert werden.

Das positive Signal an die Türkei stellt einen Fortschritt in den EU-Türkei Beziehungen dar. Dieser Schritt lässt sich auch darauf zurückführen, dass

die EU - wie im Bericht der Kommission und des Hohen Vertreters festgehalten - die Türkei in einem sich rasch wandelnden geopolitischen und sicherheitspolitischen Umfeld als wichtigen strategischen Partner anerkennt. Dies bezieht sich insbesondere auf das Interesse der EU zur Stabilisierung des östlichen Mittelmeerraumes im Lichte des Krieges in der Ukraine und der Eskalation im Nahen Osten.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass auf diesem Rats-Gipfel Geschlossenheit zu den außenpolitischen Themen herrschte, jedoch über die Wirtschaftsthemen heftiger debattiert wurde. „Wettbewerbsfähigkeit“ ist das neue Buzzword nicht nur dieses Gipfels, dabei standen die weiteren Schritte in Richtung Kapitalmarktunion im Vordergrund der Diskussion, umstritten waren insbesondere die Wege hin zu einer zentralisierten Marktüberwachung. Besonderes Augenmerk richtet sich nun auf den Draghi-Bericht zur Wettbewerbsfähigkeit, der nach den Europawahlen im Juni und voraussichtlich vor Antritt der neuen Europäischen Kommission einen größeren Einfluss auf die konkrete Ausarbeitung politischer Prioritäten haben könnte.

### Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Beatrice Gorawantschy

Leiterin des Europabüros

Europabüro Brüssel

[www.kas.de/bruessel](http://www.kas.de/bruessel)

[beatrice.gorawantschy@kas.de](mailto:beatrice.gorawantschy@kas.de)



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)